

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Sozialausschuss**

16. WP - 38. Sitzung

am Donnerstag, dem 26. April 2007, 14 Uhr,  
im Sitzungszimmer des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Vorsitzende

Ursula Sassen (CDU)

Torsten Geerds (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Frauке Tengler (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Peter Eichstädt (SPD)

Jutta Schümann (SPD)

Heiner Garg (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Abgeordnete**

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lars Harms (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Heike Franzen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (Gesundheitsdienst-Gesetz)</b>	<b>5</b>
	Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/519	
<b>2.</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (AG-TPG)</b>	<b>7</b>
	Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 16/501	
<b>3.</b>	<b>Bündnis gegen Essstörungen - Heilungsprozesse durch Beratung, Behandlung und Begleitung sicherstellen</b>	<b>8</b>
	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/866	
<b>4.</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Petitionswesens und zur Zentralisierung der Landesbeauftragten und ihrer Aufgaben</b>	<b>9</b>
	Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 16/1289	
<b>5.</b>	<b>Leukämiefälle im Raum Geesthacht/Elbmarsch</b>	<b>10</b>
	Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1165	

- 
- |            |   |           |
|------------|---|-----------|
| <b>6.</b>  | <b>Fortsetzung der kontrollierten Heroinvergabe in Deutschland</b>  | <b>12</b> |
|            | Antrag der Abgeordneten des SSW<br>Drucksache 16/1228 (neu)   |           |
| <b>7.</b>  | <b>Versorgung mit Kinderbetreuung in Schleswig-Holstein</b>   | <b>13</b> |
|            | Antrag der Abg. Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)<br>Umdruck 16/1692   |           |
| <b>8.</b>  | <b>Bericht der Landesregierung über den aktuellen Entwurf einer Landesverordnung zur Änderung der Kindertagesstättenverordnung</b>                                      | <b>14</b> |
|            | Antrag des Abg. Lars Harms (SSW)<br>Umdruck 16/1959   |           |
| <b>9.</b>  | <b>Bekämpfung von politischem Extremismus und Fremdenfeindlichkeit - Stärkung der Demokratie</b>  | <b>15</b> |
|            | Bericht der Landesregierung<br>Drucksache 16/1287   |           |
| <b>10.</b> | <b>Terminplanung für das zweite Halbjahr 2007</b>   | <b>16</b> |
|            | hierzu: Umdruck 16/1922   |           |
| <b>11.</b> | <b>Landesrahmenvereinbarung Frühförderung und Früherkennung in Schleswig-Holstein<br/>Anhörung der „Arbeitsgruppe Frühförderung“ der Ärztekammer Schleswig-Holstein</b> | <b>17</b> |
|            | Antrag des Abg. Dr. Heiner Garg (FDP)<br>Umdruck 16/1938  |           |
| <b>12.</b> | <b>Verschiedenes</b>  | <b>18</b> |

Die Vorsitzende, Abg. Tenor-Alschausky, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (Gesundheitsdienst-Gesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/519

(überwiesen am 26. Januar 2006)

hierzu: Umdrucke 16/734, 16/754, 16/755, 16/764, 16/775, 16/777, 16/781,  
16/788, 16/797, 16/987, 16/1554

Zu den Verfahren im Umgang mit der Gesetzesvorlage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weist Abg. Heinold auf die lange Dauer der bisherigen Beratungen hin und bittet die Ausschussmitglieder darum, zu einer Abstimmung zu kommen, um die zweite Lesung des Gesetzentwurfs zu ermöglichen, vor allem dann, wenn absehbar sei, dass die eingesetzte Interfraktionelle Arbeitsgruppe nicht zu einem Ergebnis kommen könne.

Abg. Baasch betont, dass es sich bei dem vorliegenden Gesetzentwurf um ein schwieriges Vorhaben handele und die Große Koalition noch Beratungsbedarf habe. - Abg. Sassen fügt hinzu, dass der Ausgang der Beratungen noch offen sei.

Abg. Dr. Garg bemerkt, die FDP-Fraktion werde sich an dem Verfahren nicht mehr beteiligen, wenn von der Änderung des Gesundheitsdienst-Gesetzes abgewichen werden solle.

Abg. Schümann betont, dass für eine einvernehmlich Lösung auch die Planungen des Ministeriums mit einbezogen werden müssten. In diesem Punkt bestehe noch Beratungsbedarf. Sie plädiert dafür, die inhaltliche Beratung auf die Mai-Sitzung zu verschieben und noch keine Abstimmung vorzunehmen.

Abg. Baasch weist auf die Komplexität der Materie und den schon stattgefundenen Prozess der Entscheidungsfindung hin.

Abg. Sassen betont, sie sei daran interessiert, die beste Lösung zu finden. Diese müsse nicht notwendigerweise in einer Änderung des Gesundheitsdienst-Gesetzes bestehen, sondern könne auch auf anderem Wege erfolgen.

Abg. Heinold weist darauf hin, dass die Arbeitsgruppe mit dem Ziel eingesetzt worden sei, das Gesundheitsdienst-Gesetz zu verändern. Ändere sich diese Zielsetzung, sei der Arbeitsgruppe die Grundlage entzogen.

Die Vorsitzende weist auf den Beschluss des Sozialausschusses hin, das Gesundheitsdienst-Gesetz in der Mai-Sitzung des Ausschusses zu beraten, und plädiert dafür, an diesem Beschluss festzuhalten oder gegebenenfalls einen anderen Beschluss zu fassen.

Der Ausschuss kommt überein, am beschlossenen Verfahren festzuhalten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes  
(AG-TPG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/501

(überwiesen am 25. Januar 2006)

hierzu: Umdrucke 16/584, 16/585, 16/655, 16/674, 16/676, 16/693, 16/707,  
16/708, 16/710, 16/744, 16/778, 16/780, 16/929, 16/1884,  
16/1953

Die Vorsitzende weist auf Umdruck 16/1953 hin, in dem die neuesten Zahlen zu Transplantationen aufgelistet seien.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Garg weist Abg. Geerds darauf hin, dass sich die Position der CDU nicht verändert habe und man nach wie vor eine gesetzliche Regelung ähnlich dem hessischen Gesetzentwurf anstrebe.

Auch Abg. Schümann bekräftigt, dass eine gesetzliche Regelung das Ziel sei. Sie weist aber darauf hin, dass auch freiwillige Regelungen Vorteile hätten und die Krankenhäuser weniger belasteten. Ob eine gesetzliche Regelung noch vor der Sommerpause gefunden werde, könne man noch nicht sagen, möglicherweise müssten die Krankenhäuser noch einmal angehört werden.

Abg. Baasch weist auf das Ziel hin, die Raten für Organspenden in Deutschland zu erhöhen. Insgesamt handele es sich um ein ethisch und moralisch schwieriges Thema, das eine sehr sorgfältige Diskussion erfordere.

Abg. Birk betont, die grüne Fraktion unterstütze das Anliegen der FDP.

Der Ausschuss kommt überein, den Gesetzentwurf in der ersten Sitzung nach der Sommerpause wieder auf die Tagesordnung zu setzen und dann weiter zu beraten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bündnis gegen Essstörungen - Heilungsprozesse durch Beratung, Behandlung und Begleitung sicherstellen**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/866

(überwiesen am 29. Juni 2006)

hierzu: Umdruck 16/1713

Zu dem von der Landesregierung vorgelegten Bericht schlägt Abg. Geerds vor, diesen im Ausschuss zur Kenntnis zu nehmen und fraktionsintern weiter zu beraten. Gegebenenfalls könne man ihn noch einmal auf die Tagesordnung setzen.

Der Ausschuss stellt die Beratung zunächst zurück, da der Bericht der Landesregierung den Abgeordneten noch nicht zugegangen ist.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Petitionswesens und zur Zentralisierung der Landesbeauftragten und ihrer Aufgaben**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1289

(überwiesen am 21. März 2007 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Sozialausschuss und den Petitionsausschuss)

hierzu: Umdruck 16/1960

Abg. Eichstädt führt aus, dass der Innen- und Rechtsausschuss eine schriftliche Anhörung zu dem Thema beschlossen habe, und schlägt vor, sich diesem Verfahren anzuschließen und gegebenenfalls eigene Anzuhörende zu benennen. Er weist ferner darauf hin, dass im Anschluss an die schriftliche Anhörung möglicherweise eine mündliche Anhörung stattfinden könne.

Abg. Birk weist auf den Verfahrensvorschlag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hin (s. Umdruck 16/1960), der dafür sorgen solle, den Anzuhörenden eine alternative Idee zu unterbreiten.

Abg. Dr. Garg spricht sich dagegen aus, die Anhörung auch über den Vorschlag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durchzuführen.

Abg. Baasch spricht sich ebenfalls gegen die Änderung eines Verfahrens aus und schlägt vor, den Vorschlag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über den Innen- und Rechtsausschuss in das Verfahren einzubringen. - Abg. Birk erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden.

Der Ausschuss kommt überein, gegebenenfalls eigene Anzuhörende für die Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses zu benennen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Leukämiefälle im Raum Geesthacht/Elbmarsch**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1165

(überwiesen am 25. Januar 2007 zur abschließenden Beratung)

Die Vorsitzende berichtet von der gemeinsamen Anhörung des niedersächsischen Sozialausschusses mit Delegationen aus Schleswig-Holstein und Hamburg, die am 11. und 12. April 2007 stattgefunden habe. Man habe erneut Experten gehört und sich auf zwei Dinge verständigt. Einerseits wolle man im Verbund der norddeutschen Länder das Thema weiter im Auge behalten und andererseits sollten erneut Proben mithilfe eines Verfahrens gezogen werden, das von allen Beteiligten akzeptiert werden könne.

Abg. Dr. Garg und Abg. Sassen zeigen sich mit dem von den Ausschüssen vorgeschlagenen Verfahren einverstanden.

M Dr. Trauernicht ergänzt, die schleswig-holsteinische Landesregierung stehe mit der niedersächsischen Landesregierung in dieser Frage in engem Kontakt, man plane ein gemeinsames Vorgehen, das die Landtage einschließen sollten. Wichtig sei auch aus ihrer Sicht, ein Verfahren zu finden, mit dem sich alle einverstanden erklärten. Aufgrund der unterschiedlichen Ergebnisse einzelner Sachverständiger informiert sie den Ausschuss über die Pläne der Landesregierung, die Strahlenkommission der Bundesregierung zu bitten, sich ebenfalls mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

Sie weist darüber hinaus darauf hin, dass es möglicherweise auch außerhalb von Strahlung liegende Ursachen für das gehäufte Auftreten von Leukämiefällen geben könne. Die Landesregierung habe in dem Zusammenhang schon ein Fachgespräch mit Experten geführt, über dessen Ergebnisse möglicherweise zu gegebener Zeit berichtet werden könne.

Zum Ablauf führt M Dr. Trauernicht aus, zunächst werde man das Protokoll der Anhörung des Niedersächsischen Landtages abwarten und die Ergebnisse auswerten. Vor dem weiteren Schritt - der Ziehung weiterer Bodenproben - sollten von den Landesregierungen auch die Landtage einbezogen werden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und fasst ins Auge, das Thema beim Vorliegen weiterer Unterlagen erneut zu behandeln.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Fortsetzung der kontrollierten Heroingabe in Deutschland**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/1228 (neu)

(überwiesen am 22. Februar 2007)

Abg. Harms führt aus, der SSW wolle eine Bundesratsinitiative veranlassen. Man habe den Antrag bewusst vage verfasst, um Spielraum für ein eventuelles gemeinsames Engagement zu schaffen.

Abg. Eichstädt weist darauf hin, dass sich die Situation seit der letzten Landtagsbefassung verändert habe. Es gehe jetzt darum, das bisherige Modellprojekt, an dem Schleswig-Holstein nicht beteiligt sei, weiterzuführen, um die betroffenen heroinabhängigen Menschen weiter behandeln zu können. Es zeichne sich eine mögliche Fortführung des Projekts ab, nämlich durch die Änderung des Betäubungsmittel- beziehungsweise Apothekengesetzes dahin gehend, dass die Morphinvergabe bundesweit grundsätzlich möglich sein solle. Dies sei zwar erstrebenswert, die Initiative dazu solle aber nicht von Schleswig-Holstein ausgehen. Die Initiative sei auch von den Bundesländern, in denen das Modellprojekt stattgefunden habe, nicht ergriffen worden, was unter anderem damit zusammenhänge, dass es auf Bundesebene von der CDU-Fraktion Bedenken gegen dieses Gesetzesvorhaben gebe.

Abg. Eichstädt regt an, dass sich der Ausschuss insbesondere mit der Situation heroinabhängiger Menschen in Schleswig-Holstein befassen solle und zu diesem Thema in einer der kommenden Sitzung auch einen Vertreter der LSSH einladen solle.

Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Versorgung mit Kinderbetreuung in Schleswig-Holstein**

Antrag der Abg. Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Umdruck 16/1692

hierzu: Umdrucke 16/1284, 16/1312, 16/1317, 16/1318, 16/1440, 16/1441,  
16/1442

Abg. Birk merkt kritisch an, dass die von ihrer Fraktion erbetenen zusätzlichen Berichte zur Versorgung mit Kinderbetreuung in Schleswig-Holstein unvollständig seien.

AL Dr. Weinriefer-Hoyer führt dazu aus, die Ausgangssituation der einzelnen Kreise und kreisfreien Städte sei - wie schon im Bericht ausgeführt - sehr unterschiedlich. Aus diesem Grunde sei es sehr schwierig und wenig zielführend, landesweit einheitliche Maßstäbe zu entwickeln. Hinzu komme, dass die für das Tagesbetreuungsbaugesetz eingeräumte Übergangszeit den Kommunen zur Verfügung stehen müsse, um eine vernünftige Ausbauplanung zu erstellen. Der Aufbau der Kindertagesbetreuung sei eine Aufgabe, die im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung erfüllt werden müsse. Vonseiten des Landes bestünden keine Weisungsrechte.

Auf eine weitere Nachfrage der Abg. Birk führt RL Dr. Otto aus, dass es keine landeseinheitliche Bedarfsermittlung gebe und die Kreise dies durchaus unterschiedlich handhaben würden. Eine Verpflichtung der Kreise bestehe nur dahin gehend, einen Jugendhilfeplan vorzulegen und fortzuschreiben.

Abg. Baasch weist auf die Drucksache 16/1315 hin, in der die Erstellung einer landesweiten Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation der Betreuung von Kindern dargestellt werde. Darin enthalten sei auch die Forderung, die jetzt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN explizit gestellt worden sei.

Auch Abg. Dr. Garg betont, seine Fraktion sei mit den vorgelegten Berichten nicht zufrieden gewesen, eine weitere Kritik an den vorliegenden Berichten sei jedoch an dieser Stelle nicht zielführend.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über den aktuellen Entwurf einer Landesverordnung zur Änderung der Kindertagesstättenverordnung**

Antrag des Abg. Lars Harms (SSW)  
Umdruck 16/1959

Auf eine Nachfrage des Abg. Harms führt RL Dr. Otto aus, die Erhöhung des Verhältnisses von Kindern zu Gruppenbetreuern beziehe sich hauptsächlich auf altersgemischte Gruppen. Wenn Kinder unter drei Jahren bisher in die Gruppe aufgenommen worden seien, musste die Gruppengröße drastisch reduziert werden. Dieser Regelung habe man nun abgemildert.

Zur Veränderung der Struktur der Beiräte erläutert RL Dr. Otto, mit der neuen Regelung wolle man erreichen, dass das bisher bestehende Einspruchsrecht der Beiräte gegen die Aufnahme neuer Kinder relativiert werde. Besonders in Notsituationen müsse das Jugendamt prüfen, ob in der entsprechenden Einrichtung Kapazitäten vorhanden seien.

Auf eine kritische Frage der Abg. Birk zum Verhältnis zwischen Kindern und Betreuungspersonal erläutert RL Dr. Otto, dass an einer Stelle die Grenze gezogen werden müsse. Man werte aber die Stellungnahmen der Verbände aus und prüfe, ob man Veränderungen vornehmen müsse.

RL Dr. Otto erläutert auf eine weitere Nachfrage der Abg. Birk, dass viele Eltern zunächst nur eine geringere Betreuungsstundenzahl wünschten, um die Kinder langsam an die für sie neue Situation zu gewöhnen. Für diesen Bereich hätten bisher Regelungen gefehlt. Ein Grundsatz sei, dass dann besonders hohe Standards angelegt würden, wenn die Kinder sehr klein seien und viel Zeit in der Einrichtung verbrächten. Bei verhältnismäßig kurzen Betreuungszeiten seien hingegen größere Gruppen möglich.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Bekämpfung von politischem Extremismus und Fremdenfeindlichkeit -  
Stärkung der Demokratie**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1287

(überwiesen am 22. März 2007 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den  
Sozialausschuss)

Die Vorsitzende betont die Bedeutung von präventiver Arbeit bei der Bekämpfung von Extremismus.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss einstimmig, den Bericht dem Landtag zur Kenntnisnahme zu empfehlen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Terminplanung für das zweite Halbjahr 2007**

hierzu: Umdruck 16/1922

Der Ausschuss kommt überein, die für den 20. September geplante Ausschusssitzung auf den 4. Oktober 2007 zu verschieben und billigt den so geänderten Terminplan.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Landesrahmenvereinbarung Frühförderung und Früherkennung in  
Schleswig-Holstein  
Anhörung der „Arbeitsgruppe Frühförderung“ der Ärztekammer Schles-  
wig-Holstein**

Antrag des Abg. Dr. Heiner Garg (FDP)  
Umdruck 16/1938

Abg. Dr. Garg regt an, dass die „Arbeitsgruppe Frühförderung“ die Gelegenheit bekommen solle, ihre deutlichen Worte aus dem Schreiben vom 15. März 2007 näher zu erläutern.

St Dr. Körner berichtet zum Sachstand, dass die Umsetzung einer Landesrahmenvereinbarung nach § 2 der Verordnung zur Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder eine sehr mühselige Angelegenheit gewesen sei. Die Frage der Finanzierungsregelung sei von Bundes- auf kommunale Ebene verlagert worden, weil man auf Bundesebene zu keiner Einigung gekommen sei. In Schleswig-Holstein hätten sich Kreise, kreisfreie Städte und Krankenkassen auf eine Landesrahmenvereinbarung geeinigt. Im Moment werde die Vereinbarung von den Partnern unterzeichnet. Das Anliegen der Ärztekammer, beteiligt zu werden, sei nun durch geplante Gespräche zwischen den beteiligten Parteien erfüllt.

Abg. Dr. Garg nimmt angesichts der Tatsache, dass es nun zu Gesprächen zwischen Vertretern der beteiligten Gruppen gekommen sei, seinen Antrag auf Anhörung der Ärztekammer zurück.

St Dr. Körner führt aus, die Landesregierung werde das Verfahren und auch die Detailregelungen weiterhin genau beobachten.

Punkt 12 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

a) Abg. Birk regt an, die Vorsitzende der Besuchskommission für den Maßregelvollzug im Ausschuss über die Arbeit der Kommission anzuhören. Die Vorsitzende weist auf den vorliegenden Bericht der Kommission hin. Er werde den Ausschussmitgliedern zugeleitet.

b) Auf eine Nachfrage der Abg. Birk zur Hospizarbeit führt die Vorsitzende aus, es gebe einen Runden Tisch, der vereinbart habe, sich in unregelmäßigen Abständen zu treffen. Das nächste Treffen sei für den Frühherbst geplant.

Die Vorsitzende, Abg. Tenor-Alschausky, schließt die Sitzung um 16:15 Uhr.

gez. Siegrid Tenor-Alschausky

Vorsitzende

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin